

Ex-post-Evaluierung – Äthiopien



Sektor: Stadtentwicklung und Verwaltung (43030) sowie Dezentralisierung und Förderung subnationaler Gebietskörperschaften (15112)
Vorhaben: KV-Programm Kapazitätsaufbau im Regierungs-Verwaltungssystem (Stadtentwicklungsfonds) UDF I und II (2002 65 678 und 2005 65 226*)
Träger des Vorhabens: Urban Development Capacity Building Office (UDCBO) im Ministerium für Bauwesen und Stadtentwicklung

Ex-post-Evaluierungsbericht: 2018

		Vorhaben UDF I und II (Plan)	Vorhaben UDF I und II (Ist)
Investitionskosten (gesamt) Mio. EUR		19,22	19,24
Eigenbeitrag Mio. EUR		4,22	4,25
Finanzierung Mio. EUR		15,00	14,99
davon BMZ-Mittel Mio. EUR		15,00	14,99

*) Vorhaben in der Stichprobe 2016



Kurzbeschreibung: Das Projekt hatte den Charakter eines offenen Programms und unterstützte die Schaffung eines nachfrageorientierten Stadtentwicklungsfonds (Urban Development Fund - UDF), der in 11 großen Mittelstädten Äthiopiens 34 Infrastrukturvorhaben finanzierte. Die Investitionsmaßnahmen sollten den Nutzerbedürfnissen entsprechen, insbesondere denen unterer Einkommensgruppen, weshalb die Kommunen zwischen sieben unterschiedlichen Investitionstypen wählen konnten, von denen nur ein Teil Eigeneinnahmen generiert. Die GIZ unterstützte sowohl den Programmtäger bei der Entwicklung und Umsetzung der Dezentralisierungsreformen als auch die Kommunen bei der Erstellung von Stadtentwicklungsplänen.

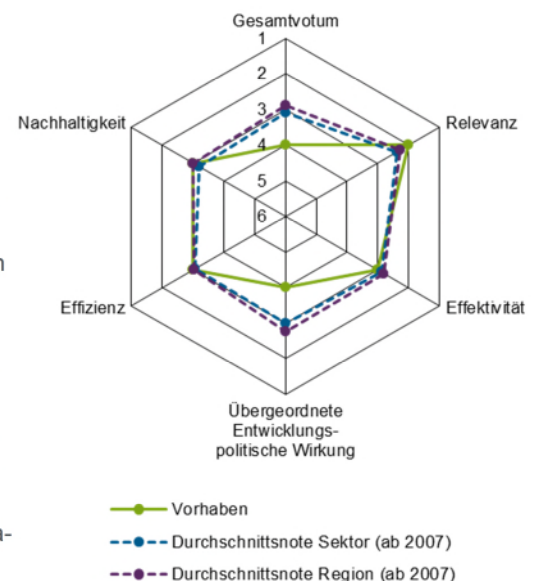
Zielsystem: Ziele der FZ-Maßnahme waren, einerseits auf materieller Ebene (1) die Nutzung kommunaler Infrastruktur und sozio-ökonomischer Dienstleistungen durch Verbesserung von Zugang und Qualität zu erhöhen und andererseits auf struktureller Ebene (2) die Kapazität der geförderten Kommunalverwaltungen in Planung, Durchführung und Unterhaltung städtischer Infrastruktur zu stärken (duales Modulziel / Outcome). Die beiden Oberziele waren, einerseits (1) die Lebensbedingungen der Stadtbevölkerung zu verbessern, während andererseits (2) die lokale Regierungsführung verbessert werden sollte (duales Oberziel / Impact).

Zielgruppe: Zielgruppe war die Bevölkerung in den ausgewählten Regionalstädten (2016: 2,59 Mio.), insbesondere die ärmeren Bewohner, welche bei Bau, Betrieb und Wartung einbezogen wurden.

Gesamtvotum: Note 4 (beide Vorhaben)

Begründung: Obwohl die finanzierte Infrastruktur stark genutzt sowie teilweise ordnungsgemäß betrieben und gewartet wird und die Lebensbedingungen häufig verbessern konnte, muss auf Ebene der entwicklungspolitischen Wirkungen bei einem Teil der Projekte mit signifikanten negativen Auswirkungen auf Umwelt und Gesundheit gerechnet werden. Bzgl. Governance und Dezentralisierung hat sich die Situation in Äthiopien insgesamt verschlechtert, die vorab identifizierten Risiken für die Unabhängigkeit der Kommunalverwaltungen sind eingetroffen.

Bemerkenswert: Die Wirkungen der verschiedenen Investitionstypen sind stark gegenläufig, insbesondere bzgl. Abfall und Abwasser: Die Projektstädte sind zwar wesentlich sauberer als andere Kommunen, doch bestehen aufgrund technischer Mängel substanzielle Emissions- und Kontaminierungsrisiken. Eine Konzentration auf diesen Bereich hätte voraussichtlich zu besseren Ergebnissen geführt. Nur ein sektorspezifischer Ansatz (Abfallwirtschaft oder Stadtentwicklung mit ausschließlichem Fokus auf Abfall- und Abwasserprojekte), der große Investitionen mit nationalen Strategien und Standards kombiniert, wäre in der Lage gewesen, nachhaltige Lösungen für die o.g. Umwelt- und Gesundheitsrisiken zu liefern (integriertes Abfallmanagement einschliesslich Wiederverwertung, Abwasserkanalsysteme und Kläranlagen in Großstädten sowie die effektive Regulierung von Industrieabfällen).



Bewertung nach DAC-Kriterien

Gesamtvotum: Note 4 (beide Vorhaben)

Teilnoten (beide Vorhaben):

Relevanz	2
Effektivität	3
Effizienz	3
Übergeordnete entwicklungspolitische Wirkungen	4
Nachhaltigkeit	3

Bei dem Vorhaben UDF II handelt es sich um eine Erweiterungsmaßnahme des UDF I. Aufgrund verschiedener Verzögerungen konnten die unter UDF I geplanten Maßnahmen nicht in der anvisierten Zeit umgesetzt werden. Um die geplanten Investitionsmaßnahmen zu beenden, wurde das Vorhaben um drei Jahre verlängert und der deutsche Finanzierungsanteil um 3 Mio. EUR aufgestockt. Entsprechend wurden beide Vorhaben gemeinsam ex-post evaluiert.

Rahmenbedingungen und Einordnung des Vorhabens

Im Rahmen des Vorhabens wurde eine sehr heterogene Vielzahl von Projekttypen sowie damit zusammenhängenden Einzelmaßnahmen in mehreren Phasen pilotiert, was die Evaluierung erschwerte.

Relevanz

In Äthiopien waren die personellen, administrativen und finanziellen Kapazitäten der Kommunalverwaltungen zum Zeitpunkt der Projektprüfung 2003 noch sehr schwach, da nationale Entwicklungsprogramme sich vor allem auf den ländlichen Raum konzentriert hatten. Der Anteil an Stadtbewohnern war mit 16 % zwar noch relativ niedrig, die Urbanisierungsrate lag mit 5-6 % p.a. jedoch deutlich über dem allgemeinen Bevölkerungswachstum. Dies stellte die Städte vor große Herausforderungen, den steigenden Bedarf an sozio-ökonomischer Infrastruktur und öffentlichen Dienstleistungen zu decken. Auch auf Seiten der äthiopischen Regierung gewannen Dezentralisierung und Stadtentwicklung daher stark an Bedeutung, die Städte erlangten mehr Autonomie und Eigenverantwortung. Ausgehend von diesen Dezentralisierungsbestrebungen ging die Konzeption des UDF mit ihren Maßnahmen sowohl auf den hohen Infrastrukturbedarf als auch auf die kommunalen Kapazitätsengpässe ein und setzte zudem als Finanztransfermechanismus einen Fonds auf, der das Potenzial besaß, die finanzielle Dezentralisierung zu initiieren.

Sowohl die nationalen Armutreduzierungstrategien PRSP (2002) und PASDEP (2007) als auch die nachfolgenden nationalen Wachstums- und Transformationspläne GTP I (2010/11-2014/15) und GTP II (2015/16-2019/20) betonen das Ziel der Einnahmensteigerung der Mittelstädte und nennen sämtliche UDF-Investitionstypen als prioritär: Dazu zählten Mülldeponien und Kläranlagen zur Behebung des allgegenwärtigen städtischen Entsorgungsproblems sowie der zum Zeitpunkt der Projektprüfung sehr niedrige Anteil befestigter Stadtstraßen und Drainagen, welcher die negativen Auswirkungen der saisonalen Überschwemmungen verstärkte. Der Bau stabiler Marktstände besaß das Potenzial, die Kommunaleinnahmen und damit die finanziellen Kapazitäten der Städte deutlich zu steigern. Aus heutiger Sicht wäre es jedoch entwicklungspolitisch sinnvoller gewesen, anstatt 7 teilweise technisch sehr anspruchsvolle Investitionsarten zu bedienen, sich auf wenige einfach umzusetzende Infrastrukturtypen zu konzentrieren.

Obwohl der Dezentralisierungsprozess ursprünglich als eine der Säulen des PRSP (2002) definiert worden war, verlor er in den nachfolgenden Strategiepapieren schrittweise an Bedeutung und wird im laufenden GTP II nicht einmal mehr erwähnt. Die Relevanz der UDF-Konzeption für die Stadtentwicklung wird jedoch durch die großen und bis heute fortgesetzten Programme der Weltbank (Urban Local Government Development Project - ULGDP I und II) belegt, für die der UDF als Pilotvorhaben kommunaler Infrastrukturprojekte angesehen wird. Die dort getätigten Investitionen decken bei weitem noch nicht den Bedarf der unkontrolliert wachsenden Stadtbevölkerung und werden bis heute fortgeführt.

Aus heutiger Sicht und aus Stadtentwicklungsperspektive betrachten wir die Relevanz der Maßnahmen daher als hoch, auch wenn die Dezentralisierung nicht mehr den nationalen Prioritäten entspricht.

Relevanz Teilnote: 2 (beide Vorhaben)

Effektivität

Das für Governance-Vorhaben typische duale Zielsystem verfolgte einerseits das Ziel der erhöhten Nutzung kommunaler Infrastruktur und sozio-ökonomischer Dienstleistungen durch Verbesserung von Zugang und Qualität (materielle Zielsetzung), andererseits die Stärkung der Kapazität der geförderten Kommunalverwaltungen in Planung, Durchführung und Unterhaltung städtischer Infrastruktur (strukturelle Zielsetzung). Die Erreichung des der Ex-post-Evaluierung (EPE) zugrunde gelegten Zielsystems wird wie folgt zusammengefasst:

Indikator	Status PP, Zielwert PP	Ex-post-Evaluierung
(1) Die errichtete Infrastruktur wird wie geplant genutzt.	0, mind. 70 % der erwarteten Nutzer	100 % (teilweise über die geplanten Kapazitäten hinaus).
(2) Die errichtete Infrastruktur wird entsprechend der Betriebs- und Wartungskonzepte und akzeptabel unterhalten.	0, zu 75 %	Straßen, Drainagen, Märkte, Sanierung v. Mülldeponien: 90 % Mülldeponien, Kläranlagen, Schlachthöfe: 25 %
(3) Die Zahl der von den Kommunen als Bauherren selbst durchgeführten Investitionsprojekte hat sich erhöht.	durchschnittlich <1 p.a. (2005), k.A.	2012: durchschnittlich 35,3 2015: durchschnittlich 51,8*
(4) Die jährlichen kommunalen Investitionsbudgets werden umgesetzt und reflektieren die Prioritäten der städtischen Entwicklungspläne.	k.A., in 80 % der Städte	100 % **

*Capital Investment Plans der fünf betrachteten Kommunen (2009-2015), **Abschlusskontrollbericht des ULGDP I (2015)

Ergebnisse bezüglich der materiellen Zielsetzung: Die geplanten Infrastrukturkapazitäten wurden gemäß Abschlusskontrollbericht durchschnittlich zu 94 % baulich umgesetzt, der Output entspricht folglich den Erwartungen. Der Indikator der Infrastrukturnutzung (Indikator 1) wurde bei allen besuchten Standorten zu rd. 100 % erfüllt, teilweise jedoch sogar über die baulichen Kapazitäten hinaus (Mülldeponien, Schlachthöfe), was sich negativ auf Effizienz und Nachhaltigkeit auswirkt.

Bzgl. des Indikators für Betrieb und Wartung (Indikator 2) variieren die Ergebnisse stark, sowohl zwischen den Kommunen als auch zwischen den Infrastrukturtypen: Während der Vor-Ort-Besuche wurde festgestellt, dass die Straßen, Drainagen, Märkte sowie die sanierten Mülldeponien insgesamt akzeptabel unterhalten werden: sie sind betriebsbereit, relativ sauber, teilweise wurden sie weiter ausgebaut, zwischenzeitlich aufgetretene Schäden wurden sichtbar repariert.

Die Mülldeponien, Kläranlagen und Schlachthöfe der besuchten Standorte hingegen werden nur zu 25 % entsprechend den Erfordernissen betrieben und gewartet, was nicht akzeptabel erscheint: So funktioniert im Falle des Abfall- und Abwassermanagements zwar noch die Müllsammlung und der Abwassertransport, was die sichtbare Sauberkeit der Kommune erhöht, doch die Trennung des Mülls erfolgt nicht mehr, ebenso wenig wie die Kontrolle des zu entsorgenden festen und flüssigen Materials. Die besuchten Gemeinden investierten deutlich aus Eigenmitteln in Betrieb und Wartung ihrer Mülldeponien. Dennoch sind Betrieb und Wartung grundsätzlich unterfinanziert und es mangelt an Maschinen und technischem Be-

triebspersonal. Die müllverursachenden Haushalte zahlen lediglich Abgaben für die Müllabfuhr, nicht aber für den Betrieb der Deponien. Fehler im Betrieb wie die o.g. unzureichende Abwasserkontrolle sowie fehlende Mülltrennung und Schutzkleidung für Müllsammler verursachen gemeinsam mit baulichen Mängeln substanzielle Umwelt- und Gesundheitsrisiken für Mitarbeiter und lokale Bevölkerung. Auch der Schlachthofbetrieb ist mangelhaft. Eine Studie (2013) zum Schlachthof in Adama stellte zahlreiche Mängel in Bau und Betrieb fest, die zwischenzeitlich nicht behoben wurden, wie die Mission vor Ort feststellte. Die Nutzungsgebühren werden von den regionalen Behörden festgesetzt und sind für eine nachhaltige Instandhaltung zu niedrig. Für Betrieb und Wartung werden nach Aussagen der Interviewpartner grundsätzlich entsprechende Handbücher verwendet, wenngleich diese der Mission häufig nicht vorgelegt wurden.

Ergebnisse bezüglich der strukturellen Indikatoren: Die Höhe der kommunalen Gesamtfinanzierung und des Personalbestandes ist in Bezug auf die hohe Urbanisierungsrate unzureichend. Die teilweise hohe Personalfuktuation bei gleichzeitigem Fehlen institutionalisierter Aufgabenübertragung und Einarbeitung droht zudem mancherorts den Erfolg der aufgebauten Verwaltungskapazitäten zunichte zu machen. Dennoch sind die Kapazitäten der Kommunalverwaltungen in Bezug auf Planung, Bau und Instandhaltung der städtischen Infrastruktur (Projektziel) deutlich gestiegen. Dies zeigt sich insbesondere durch die starke Zunahme in der Anzahl der von den Kommunen als Bauherren selbst durchgeführten Investitionsprojekte (Indikator 3), was jedoch in hohem Maße auf die ULGDP-Kredite der Weltbank zurückzuführen ist, von denen sämtliche UDF-Städte bis heute profitieren. Die Umsetzung der jährlichen Investitionsbudgets, die die Prioritäten der städtischen Entwicklungspläne reflektieren (Indikator 4), ist Voraussetzung für den Zugang zu ULGDP-Investitionskrediten. Da diese einen hohen Anteil (40-60 %) am verfügbaren Investitionsbudget ausmachen, halten sich lt. Abschlussbericht des ULGDP I alle Zielstädte an diese Vorgabe.

Effektivität Teilnote: 3 (beide Vorhaben)

Effizienz

Die spezifischen Investitionskosten sind branchenüblich (102.000 EUR pro km Drainage, 269.000 EUR pro km Teerstraße, 1.600 EUR pro Marktstand, 60 Euro pro m³ Kläranlage) bis auf die Deponien, die mit 8 EUR pro m³ weit über dem Vergleichswert von 2 EUR liegen. Insgesamt wurden die geschätzten Gesamtkosten gemäß Abschlusskontrollbericht lediglich um 8 % überschritten. In Anbetracht der Umsetzungsverzögerungen und dadurch bedingten Mehrkosten ist diese geringe Budgetüberschreitung positiv zu bewerten (die beiden letzten Projekte nahmen erst 2016 den Betrieb auf, die durchschnittliche Zeitüberschreitung betrug 11 Monate). Die Verzögerungen entstanden bei den partizipativen Planungsprozessen sowie bei den Bauvergaben und der Erbringung der kommunalen Eigenbeiträge. Aufgrund der akzeptablen Kostenkontrolle und der im Projektverlauf zunehmenden Umsetzungsgeschwindigkeit wird die Produktionseffizienz des Vorhabens als zufriedenstellend erachtet.

Diejenigen Städte, die einfache bzw. homogene Investitionstypen (Straßen, Drainagen, Marktstände) wählten, erreichten die höchste Effizienz in der Umsetzung. Der Ansatz der Stadt Bischoftu, in vier aufeinanderfolgenden Phasen ihren Zentralmarkt um zusätzliche Marktstände kontinuierlich zu erweitern, kann dabei als Best Practice angesehen werden.

Im Vergleich dazu überstieg die Komplexität der Probleme im Abfall- und Abwassermanagement die Kapazitäten der Städte bei weitem, sämtliche Herausforderungen erfolgreich zu meistern. Zwei der drei besuchten Standorte werden nach Besichtigung als unzureichend bewertet: Lage und technische Auslegung wurden z.T. falsch gewählt, was die geplante Nutzungsdauer erheblich reduziert und signifikante Umwelt Risiken mit sich bringt.

Da die Weltbank als einziger anderer Geber im Sektor für ihr Programm einen eigenen Fondsmechanismus (kreditbasiert) schuf, konnte der UDF (zuschussbasiert) nicht wie geplant als langfristiger Finanzierungsmechanismus für Kommunalinvestitionen etabliert werden. Ein einfacher Projektansatz wäre rückblickend effizienter gewesen.

Aufgrund der durch die finanzierte Infrastruktur verbesserten Lebensbedingungen einer gestiegenen Zielgruppe sowie der Replizierung der Investitionstypen des UDF durch ULGDP wird auch die Allokationseffizienz des Vorhabens trotz der o.g. Probleme im Abfall- und Abwasserbereich noch als zufriedenstellend erachtet.

Effizienz Teilnote: 3 (beide Vorhaben)

Übergeordnete entwicklungspolitische Wirkungen

Das zum Zwecke der EPE definierte, duale übergeordnete Entwicklungsziel des Vorhabens lautete (I.) eine signifikante Verbesserung der Lebensbedingungen der urbanen Bevölkerung und (II.) eine verbesserte lokale Regierungsführung, welche den Dezentralisierungsprozess stärkt.

Indikator	Status PP, Zielwert PP	Ex-post-Evaluierung
(1) Anteil der Armen an der städtischen Bevölkerung	rd. 35 %, k.A.	rd. 26 %
(2) Umwelt- und Gesundheitsrisiken sind nicht signifikant gestiegen	k.A.	Nicht erfüllt (Mülldeponien, Kläranlagen, Schlachthöfe). Erfüllt (Straßen, Drainagen, Märkte)
(3) Verbesserung der Bürgerzufriedenheit mit den Dienstleistungen der Stadtverwaltung.	k.A.	Durchschnittlich + 13,3 % zwischen 2007 und 2010*.
(4) Die kommunalen Eigeneinnahmen haben sich insgesamt erhöht (inflationsbereinigt).	k.A.	Durchschnittlich + 23 % zwischen 2009 und 2015 **.
Annahme: Regional- und Zentralverwaltungen respektieren die gewählten Selbstverwaltungen und mischen sich nicht in die Stadtverwaltung ein.	Teilweise erfüllt, erfüllt.	Nicht erfüllt.

* GIZ- Urban Governance & Decentralization Programme **Capital Investment Plans der fünf betrachteten Kommunen (2009-2015)

Aufgrund der unterschiedlichen Infrastrukturtypen zeigt sich ein sehr heterogenes Bild: Einerseits leisteten zahlreiche Einzelprojekte einen erkennbaren Beitrag zur Armutsreduzierung (Indikator 1): so wurden in den fünf besuchten Städten nach Aussagen der Fokusgruppenteilnehmer sowie persönlicher Beobachtung jeweils rd. 500 bis 1500 Arbeitsplätze pro Stadt geschaffen (Handel, Abfallsammlung, Straßen-, Drainagen- und Marktplatzreinigung, Straßenbau und -wartung, Gärtnerei und Bewachung, Schlachtereien), Transportkosten wurden reduziert, Stadtviertel wurden durch den Straßenbau sowie die Sanierung von Müllhalden aufgewertet. Die Interviewpartner betonten auch die positiven Wirkungen einzelner Investitionstypen auf die allgemeinen Lebensbedingungen: die Drainagen verhindern oder reduzieren Überschwemmungen und tragen zusammen mit der Abfallsammlung dazu bei, die gesundheitlichen Auswirkungen saisonaler Überschwemmungen für die Bevölkerung zu reduzieren, v.a. Malaria und Durchfallerkrankungen sahen sie dadurch reduziert.

Andererseits wurden bei den besuchten Vorhaben im Abfall- und Abwasserbereich sowie bei dem Schlachthof signifikante Umwelt- und Gesundheitsrisiken (Indikator 2) beobachtet. Diese Vorhabentypen machen zusammen rd. 48 % des Investitionsvolumens und rd. 37 % der Infrastrukturvorhaben aus. Der positive Effekt des Abfall- und Abwassermanagements auf Gesundheit und Einkommen ärmerer Bevölkerungsgruppen wäre unter allen Investitionstypen am höchsten gewesen, wenn diese fachgerecht geplant, gebaut, betrieben und gewartet worden wären. Da dies an den besuchten Standorten gem. eigener Beobachtung nicht der Fall war, ermöglicht beispielsweise gebührenfreie und unzureichend kontrollierte Abwasserentsorgung privater Firmen eine Kontaminierung von Grundwasser und Flüssen, was langfristig unter anderem das Risiko für Krebserkrankungen erhöht. Auch die Gesundheit der Müllsammler ist aufgrund der beobachteten Emissionen und unzureichender Schutzmaßnahmen gefährdet.

Die Mehrzahl der besuchten Städte sieht sich nach Aussage von Kommunalverwaltungsmitarbeitern einer zunehmenden Umweltverschmutzung und ihren negativen Effekten ausgesetzt und verfügt nach eigener

Einschätzung nicht über ausreichende Finanzmittel und Kapazitäten, um die komplexen Herausforderungen in diesem Bereich vor dem Hintergrund einer beschleunigten Urbanisierung und Industrialisierung und eines gleichzeitig unzureichend effektiven nationalen Gestaltungswillens allein zu bewältigen.

Die Erfahrungen des UDF als Pilot für Kommunalinvestitionen wurden nach Aussage der Interviewpartner für die darauffolgenden ULGDP-Programme der Weltbank in denselben Städten genutzt, allerdings anfangs ohne ausreichende Berücksichtigung der o.g. Umwelt- und Gesundheitsrisiken. Die hohe Zahl der Investitionstypen war durch ihren Pilotcharakter bedingt, für Folgevorhaben sollten nur die erfolgreichsten Typen ausgewählt werden, was jedoch nicht erfolgte.

Auch die lokale Regierungsführung entwickelte sich uneinheitlich: Gemäß dem GIZ Citizen Satisfaction Survey stieg zwar die Zufriedenheit der Bevölkerung mit kommunalen Dienstleistungen (Indikator 3) in sämtlichen Zielstädten zwischen 2007 und 2010 um durchschnittlich 13,3 % an. Vor Ort geführte Gespräche legen jedoch die Vermutung nahe, dass sich die Bürgerzufriedenheit mit kommunalen Dienstleistungen (insbesondere im sanitären Bereich) sowie im Hinblick auf die lokale Regierungsführung insgesamt seitdem rückläufig entwickelt hat. Die inflationsbereinigten Eigeneinnahmen der besuchten Städte nahmen seit Projektprüfung im Durchschnitt um 23 % zu (Indikator 4).

Doch zentrale Annahmen für den Projekterfolg erfüllten sich nicht: das andauernde Bekenntnis der nationalen Regierung zum Dezentralisierungsprozess und die Nicht-Einmischung nationaler und regionaler Regierungsebenen in die Kommunalverwaltung (mangelhafte effektive Tarifautonomie, Monopolisierung der Parteienlandschaft, Landumverteilung und Begrenzung der Pressefreiheit). Diese Entwicklung spiegelt sich auch im Index für politische Rechte (Freedom House) wider. Dieser verschlechterte sich von 5 (teilweise frei) im Jahr 2002 auf nunmehr 6,5 bis 7 ("schlechtest möglich") (Freedom House).

Trotz der durch die Mehrheit der Infrastrukturtypen erreichten Verbesserung der Lebensbedingungen wird aufgrund der erheblichen Umwelt- und Gesundheitsrisiken sowie der Verschlechterung der Governance-Situation die Wirkung insgesamt als nicht zufriedenstellend bewertet.

Übergeordnete entwicklungspolitische Wirkungen Teilnote: 4 (beide Vorhaben)

Nachhaltigkeit

Obwohl das ursprüngliche Ziel, den UDF als nachhaltigen Finanzierungsmechanismus für kommunale Investitionen zu etablieren, nicht erreicht wurde, haben die Eigeneinnahmen der Zielstädte insgesamt zugenommen, Wartungsmaßnahmen waren feststellbar. Die Replizierung fast aller Infrastrukturtypen durch ULGDP und deren starke Nutzung stärkte die mittelfristige Nachhaltigkeit des Vorhabens. Die Investitionen im Bereich des Abfall- und Abwassermanagements mündeten 2016 gar in der Formulierung einer nationalen Abfallmanagement-Strategie, welche jedoch laut Aussagen der Interviewpartner vor Ort noch nicht konsequent umgesetzt wird.

Die pilothaften UDF-Investitionen wurden im Rahmen des ULGDP auf 44 Kommunen ausgeweitet, was die Erreichung der Projektziele erleichterte, aber gleichzeitig die Bewertung der Nachhaltigkeit erschwerte. Denn ULGDP schuf durch hohe Investitionsbeiträge und Wartungsfinanzierung ein Risiko der Geberabhängigkeit, welches durch eine Erhöhung der Eigenbeiträge in späteren Phasen begrenzt werden soll. Weitere Risiken für die Nachhaltigkeit bestehen in der hohen Personalfuktuation, dem durch die mangelhafte Dokumentation schwachen Wissensmanagement und der teilweise fehlenden Kostendeckung durch Nutzergebühren, was u.a. an der mangelnden Tarifautonomie der Städte liegt. Der geforderte Nachweis der Betriebs- und Unterhaltsfinanzierung über Sonderkonten erbrachte keine sichtbaren Vorteile.

Aus heutiger Sicht wird aufgrund der gestiegenen Kommunalbudgets und der starken Nutzung der geförderten Infrastruktur trotz der o.g. Risiken die Nachhaltigkeit immer noch als zufriedenstellend betrachtet.

Nachhaltigkeit Teilnote: 3 (beide Vorhaben)

Erläuterungen zur Methodik der Erfolgsbewertung (Rating)

Zur Beurteilung des Vorhabens nach den Kriterien **Relevanz**, **Effektivität**, **Effizienz**, **übergeordnete entwicklungspolitische Wirkungen** als auch zur abschließenden **Gesamtbewertung** der entwicklungspolitischen Wirksamkeit wird eine sechsstufige Skala verwandt. Die Skalenwerte sind wie folgt belegt:

Stufe 1	sehr gutes, deutlich über den Erwartungen liegendes Ergebnis
Stufe 2	gutes, voll den Erwartungen entsprechendes Ergebnis, ohne wesentliche Mängel
Stufe 3	zufriedenstellendes Ergebnis; liegt unter den Erwartungen, aber es dominieren die positiven Ergebnisse
Stufe 4	nicht zufriedenstellendes Ergebnis; liegt deutlich unter den Erwartungen und es dominieren trotz erkennbarer positiver Ergebnisse die negativen Ergebnisse
Stufe 5	eindeutig unzureichendes Ergebnis: trotz einiger positiver Teilergebnisse dominieren die negativen Ergebnisse deutlich
Stufe 6	das Vorhaben ist nutzlos bzw. die Situation ist eher verschlechtert

Die Stufen 1–3 kennzeichnen eine positive bzw. erfolgreiche, die Stufen 4–6 eine nicht positive bzw. nicht erfolgreiche Bewertung.

Das Kriterium **Nachhaltigkeit** wird anhand der folgenden vierstufigen Skala bewertet:

Nachhaltigkeitsstufe 1 (sehr gute Nachhaltigkeit): Die (bisher positive) entwicklungspolitische Wirksamkeit des Vorhabens wird mit hoher Wahrscheinlichkeit unverändert fortbestehen oder sogar zunehmen.

Nachhaltigkeitsstufe 2 (gute Nachhaltigkeit): Die (bisher positive) entwicklungspolitische Wirksamkeit des Vorhabens wird mit hoher Wahrscheinlichkeit nur geringfügig zurückgehen, aber insgesamt deutlich positiv bleiben (Normalfall; „das was man erwarten kann“).

Nachhaltigkeitsstufe 3 (zufriedenstellende Nachhaltigkeit): Die (bisher positive) entwicklungspolitische Wirksamkeit des Vorhabens wird mit hoher Wahrscheinlichkeit deutlich zurückgehen, aber noch positiv bleiben. Diese Stufe ist auch zutreffend, wenn die Nachhaltigkeit eines Vorhabens bis zum Evaluierungszeitpunkt als nicht ausreichend eingeschätzt wird, sich aber mit hoher Wahrscheinlichkeit positiv entwickeln und das Vorhaben damit eine positive entwicklungspolitische Wirksamkeit erreichen wird.

Nachhaltigkeitsstufe 4 (nicht ausreichende Nachhaltigkeit): Die entwicklungspolitische Wirksamkeit des Vorhabens ist bis zum Evaluierungszeitpunkt nicht ausreichend und wird sich mit hoher Wahrscheinlichkeit auch nicht verbessern. Diese Stufe ist auch zutreffend, wenn die bisher positiv bewertete Nachhaltigkeit mit hoher Wahrscheinlichkeit gravierend zurückgehen und nicht mehr den Ansprüchen der Stufe 3 genügen wird.

Die **Gesamtbewertung** auf der sechsstufigen Skala wird aus einer projektspezifisch zu begründenden Gewichtung der fünf Einzelkriterien gebildet. Die Stufen 1–3 der Gesamtbewertung kennzeichnen ein „erfolgreiches“, die Stufen 4–6 ein „nicht erfolgreiches“ Vorhaben. Dabei ist zu berücksichtigen, dass ein Vorhaben i. d. R. nur dann als entwicklungspolitisch „erfolgreich“ eingestuft werden kann, wenn die Projektzielerreichung („Effektivität“) und die Wirkungen auf Oberzielebene („Übergeordnete entwicklungspolitische Wirkungen“) **als auch** die Nachhaltigkeit mindestens als „zufriedenstellend“ (Stufe 3) bewertet werden.